

# Nebrer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen  
„Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0,85 Mk.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Stammann Weib, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Postamt 15 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 63

Sonnabend, den 7. August 1926.

39. Jahrgang.

## Erleichterung der Güterverteilung.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Nicht bloß die Weltproduktion jeder Art löst auf Hemmungen, wird in ihrem ruhigen Ablauf gehindert, erleidet Erschütterungen durch fortwährende Kriegen, sondern auch der Träger der Verteilung dieser Produktion ist in seiner besseren Leistung der Kaufmann. Weltweit sind diese Hemmungen und Störungen, diese Erschütterungen und Krisen bei ihm und seiner Arbeit noch weit härter zu verspüren als bei der Produktion i. d. St. Das gilt beim großen Kaufmann genau so wie beim kleinen. Und bei jenem wie zwischen den beiden existieren Schlangengänge gegenüber dem Zustand der Fortkriegszeit geradezu gefahrlos geworden, so verspürt nicht minder der kleine Kaufmann überall Einengung seiner Betätigung wie nie zuvor. Bei den letzten Handelsverträgen Deutschlands ist die Rücksicht darauf genommen worden, den wirtschaftlichen des deutschen Kaufmanns in Ausland zu gestatten. Doch sind diese Versuche ziemlich schwächerer Art geblieben. Und im Ausland sorgen auch die zahllosen Steuererhöhungen, vor allem aber ihre Ausübung durch die Finanzbehörden, dafür, daß der Kaufmannsstand in einer geradezu gefahrlosen Lage ist. Internationale Beziehungen anzubahnen ist vorläufig erst in beschränktem Maße möglich. Von der internationalen Handelskammer hat man bisher einige Kluge Reden gehört, aber praktische Erfolge hat sie bisher nicht erzielt. In ihr ist es nun besonders das amerikanische Komitee, in dem anerkannte Größen der amerikanischen Wirtschaft sitzen, und das 3. Mitglied über die weltwirtschaftlichen Auswirkungen des Dawes-Planes bemerkenswerte Ansichten entwickelte. Jetzt hat dieses Komitee seiner internationalen Handelskammer den Vorschlag unterbreitet, durch ihre Vermittlung sollte eine Vereinigung der Kaufleute der ganzen Welt herbeigeführt werden. Hierfür hat das Komitee auch schon Richtlinien ausgearbeitet, die auf die Verhütung einer gemeinsamen Grundtatsache der Wirtschaftsverengungen, der Rechts- und Währungsbeziehungen abzielen. Auch jetzt wieder hat sich das Komitee in nüchtern verständiger Weise über die Hauptbedürfnisse, die einem ruhigen Ablauf des internationalen Güterverkehrs entgegenstehen. Das Nachlassen der Kaufkraft und die Entwertung der Währungen, zum mindesten das schwächere Wechselkurs, spielen dabei eine besonders wichtige Rolle. Das ist in auch hier, denn gerade der Kaufmann, der die Produkte dem Verbraucher übermitteln, ist in erster Linie abhängig von der Kaufkraft des Verbrauchers, von der qualitativen und quantitativen Art dieser Kaufkraft. Das erachtet hierbei die schwächere Währung mit ihrer geringeren Kaufkraft, die wiederum jedoch fähiger Kaufkraften unmöglich macht, haben wir lange genug schon erlebt. Dabei heißen den Letzten immer die Hund- und dieser Letzte ist der Kaufmann.

Das Komitee nennt als ein weiteres Hauptbedürfnis die völlige Unschiffbarkeit. Das gerade diese namentlich auf dem Gebiete der Kreditwirtschaft unheilvollen Einflüsse ausübt, ist unumgängliche Tatsache, und hier ist es auch wieder der Kaufmann, der das am meisten verliert, weil bei ihm der Umfang des investierten Kapitals ein besonders schneller sein muß, er infolgedessen in kürzester Zeit abhängig von Kapitalmarkt ist. Daher nennt das Komitee als letzte Bedingung der Wirtschaft die Errichtung zahlreicher Zollstellen durch die Schaffung neuer politischer Gebiete und schließlich die Einmischung der Regierungen in die Gebiete der Produktion und Verteilung, die eigentlich der privaten Unternehmenslust zu überlassen sind. Jeder Kommentar zu diesen Selbstverständlichkeiten erübrigt sich wohl. Wüßiger ist der Güterverkehr namentlich in Europa dadurch auch nicht gerade geworden, daß der Vertrag von Versailles nicht bloß die unumgänglichen Zölle, sondern die unumgänglichen Grenzschranken, sondern die unumgänglichen Zolltarifverträge Europa auch handelspolitisch die größten Unmöglichkeiten auferlegte. Und das das zweite betrifft, die Eingriffe der Regierungen, so bezieht sich dieser Vorwurf nicht bloß auf die überall fast verbreiteten Tendenzen, von Staats wegen sich an der Produktion zu beteiligen, namentlich auch an der Verteilung der produzierten Güter, oder gar dort sich Monopole zu schaffen, sondern diese Tendenzen entsprechen auf der anderen Seite die tausendfachen Versuche, in die Produktion „regulierend“ einzugreifen, den Handel in Zwangsbahnen zu pressen und den sich Erhebenden durch Zwangsmaßnahmen zum Gehorsam zu zwingen. Diese Eingriffe bleiben in der Regel erfolglos, weil sie zwar im legitimen Handel den ethischen Kaufmann treffen können, nicht aber jenen, der gemäß und litig durch die Wahlen der Gesetze und Bestimmungen zu schiffen vermag.

## Land für Geld.

Deutsche Angebote an valaisische Länder?  
Wie das „Echo de Paris“ zu melden weiß, hat sich die Berliner Regierung in den letzten Tagen lebhaft für die Schwierigkeiten Valais interessiert. An-

terhebungsangebote seien unter der Bedingung formuliert worden, daß Guyen und Malmedy an Deutschland zurückfallen. Schon im November 1925 hätte Dr. Schmidt das Terrain abgelehnt. Er habe Belgien angeboten, die sechs Milliarden belgischer Markt aufzuwerten, die in Belgien zurückgeblieben und die die Ursache der belgischen Inflation gewesen seien. Schon damals habe er Guyen und Malmedy verlangt. Das Blatt verweist weiter auf einen Artikel der englischen Zeitschrift „Financial Review“ vom 1. März auf dem Umwege über einen Beamten des Bitterbundessecretariats Deutschlands der polnischen Regierung die Beteiligung an einer Anleihe angeboten haben soll. Zur Bedingung sei gemacht worden, daß die wüßliche Gegend an die Linie im polnischen Korridor dem Gebiete von Danzig angegliedert werde. Dr. Schmidt habe verwehrt, den amerikanischen Sachverständigen Kommer, der der polnischen Regierung zur Seite stehe, für seine Bemühungen zu gewinnen. Auch Frankreich sei nicht überlassen worden. Das Blatt behauptet, daß Dr. Schmidt über eine belgische Anleihe für Frankreich gesprochen habe, auf Grund deren Deutschland kam, er aber eine andere sehr französische Aktion zugespochen werden solle. Erst vor kurzer Zeit sei eine ähnliche Idee aufgetaucht. Frankreich sei eine finanzielle Unterstützung des Reiches unter der Bedingung angeboten worden, daß die zweite und dritte Rheinlande geräumt würde. Es sei möglich, daß Frankreich, um seine Währung zu stabilisieren, genötigt sei, sich unter das taubische Joch des Ausstarbes zu beugen. Aber Gott möge es davon bewahren. Die Waise, die Frankreich vielfach auf politischem Gebiete zu zahlen habe, sei sehr bedächtig. Wie aus Berlin gemeldet wurde, erwartet man auch in vorliegenden offiziellen Kreisen deutschseits die Initiative zu Verhandlungen über die Rückgabe Guyen-Malmedy an das Reich. Wenn Deutschland der belgischen Regierung ein günstiges Angebot machen würde, dürften nach Ansicht dieser Kreise die Rückgabeüberhandlungen erfolgreich verlaufen können.

In diplomatischen Kreisen vertritt man die Ansicht, Frankreich für nichts weiter als die Wiederherstellung von diplomatischen Privatunterhaltungen, ohne ernste sachliche Bedeutung und glaubt auch nicht, daß die Unterredung Dr. Schachts mit dem Amerikaner Strong mit dem vom „Echo de Paris“ erhaltene Fragen oder mit der Frage Guyen-Malmedy irgend etwas zu tun hat. Auf französischer Seite hält man Strong für in Bezug befindlich, die in Wirtschaftlich noch gar nicht begonnen haben, und es ist nicht anzunehmen, daß in der nächsten Zeit auf den belgischen Gebieten irgend etwas Absehendes vor sich gehen wird.

## Professor Koffe seines Amtes entbunden.

Urteil im elassischen Heimatlandtrage  
Gegen den bekannten Verfasser des elassischen Beamtentages, Prof. Koffe, ist jetzt das Urteil gefällt worden. Es lautet auf Amtsenthebung. Wenn Koffe seiner gesetzlichen Pension werden Professor Koffe auf die Dauer von fünf Jahren ausbezahlt; dann erhält er seine Pension mehr.

In der Begründung des Disziplinarurteils gegen Professor Koffe sind zwei wesentliche Punkte hervorzuheben, die eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Die Ausübung des Heimatbundes bildet einen heiligen Ausfall gegen das französische Regime und wenn seine Unterzeichner auf behaupten, daß es keinen internationalen Charakter trage, so könne doch nicht bestritten werden, daß seine Veröffentlichung den Zweck verfolgte, die Bevölkerung zur Unzufriedenheit aufzureizen und damit eine Bewegung hervorzurufen, die zu einer Soderung der Bande zwischen Frankreich und dem Elsass führen könnte. Diese Bewegung habe um so leichter in rein separatistischem Sinne gedeutet werden können, als die Öffentlichkeit sie infinitiv mit den autonomistischen Bestrebungen, die sich in der Fortkriegszeit gegen das Reich und den deutschen Einfluss richteten, in Zusammenhang gebracht habe.

Professor Koffe hat sich für die Verantwortlichkeit in der Heimatbewegung, hatte bekanntlich das Manifest des Elsass-Brüderbundes mitunterzeichnet, dessen Hauptforderung nach Autonomie Elsass-Lothringens im Rahmen Frankreichs von der französischen Regierung als Befriedigung der nationalen Ehre bezeichnet wird.

Die Elssische Lehrervereinschaft hat als Protest gegen des Urteils gegen Professor Koffe diesen zu ihrem Generalsekretär ernannt. Koffe ist auf Grund eines früheren deutschen Befehles verurteilt worden, das von der Würde der Staatsbeamten außerhalb ihrer Berufspflichten spricht und von den Franzosen nun auf ihre Art ausgelegt worden ist.

## Der Kirchenstreit in Mexiko.

Eine kostbare Goldkrone beschwunden.  
Nach Meldungen aus Mexiko ereignete sich ein schwerer Zusammenstoß in Guadalupe. Die erregte Menge bedroht Regierungstruppen mit Steinen, als sie das Innere der Kirche der heiligen Jungfrau von Guadalupe besetzten. Die Soldaten feuerten, zwei Menschen wurden getötet, zehn verwundet.  
Weitere Meldungen besagen, daß die berühmte, mit Perlen und Edelsteinen besetzte Krone der Jungfrau von



Die Kathedrale in der Stadt Mexiko.

Guadalupe im Werte von 400 000 Dollar vernichtet wird. Mexikanische Meldungen rechnen mit langer Dauer der Krise, da seine Möglichkeit gegeben wird, ein Kompromißformel zu finden.

Die Katholiken konzentrieren ihre ganze Kraft auf den Wirtschaftskampf. Eine Bankiersgruppe erkläre sich deswegen nach übereinstimmenden Meldungen bereit, als Vermittler aufzutreten, und will der Regierung folgende Forderungen des Episkopats unterbreiten: Es sollte die Durchführung der Verwaltungsmaßnahmen verschoben werden, zweitens soll der Episkopat vorläufig das Recht auf die Kirche zurückhalten drittens soll am Jahresende eine Volksabstimmung über alle Konfliktfragen stattfinden.

In seiner Unterredung mit dem Vertreter der „Associated Press“ erklärte Bischof Diaz, die Kirche werde niemals einen bewaffneten Aufstand gegen die Regierung billigen, sondern, wenn es nicht anders sein könnte, den ihr gerechten bittenden Reich des Duldens rufen.

Das mexikanische Finanzministerium hat etwa tausend Offiziere aus dem Bundesdienst entlassen, da sie verächtlich schämten, im Kulturkampf gegen die Regierung zu unterstützen.

## Strafmaßnahmen gegen spanische Beamte

Gegen Kritik der Regierung.

Eine amtliche Bekanntmachung der spanischen Regierung erklärt, daß gegen alle Beamte und alle übrigen Personen, die in der Öffentlichkeit in heftigen Ausdrücken gegen die Maßnahmen der Regierung Stellung nehmen oder Mitglieder der Regierung verleumdern, schärfste administrative Strafmaßnahmen ergriffen werden, ohne daß damit ein einseitiges gerichtliches Verfahren ausgeschlossen würde.

Der Ministerrat hat, wie in der Bekanntmachung mitgeteilt wird, bereits beschließen, wegen des angeführten Vorgehens eines Telegrafienbeamten, einen Gemeindevorstand und den Gerichtssekretär Regual ihrer Posten zu entsetzen. Wegen Regual wird außerdem gerichtlich vorgegangen werden. Im Schluß der Bekanntmachung heißt es, daß Personen, die ihre Interessen oder Rechte durch irgendwelche Regierungsmaßnahmen verletzt glauben, die Möglichkeit haben, vor den Gerichten oder unmittelbar bei der Regierung Nachprüfung zu verlangen.

## Politische Rundschau Deutsches Reich

Zählungen und das Reichsheimat.

Der thüringische Staatsminister Dr. Leutheuser hat in der Frage des Reichsheimats an den Reichstanzler einen Brief gerichtet, in dem das Land Thüringen lebhaften Einspruch dagegen erhebt, daß der Vay für das Gesamtdeutschland — gemeint ist damit Berlin — für den sich der von der Reichsregierung einseitige Ausbruch ausgesprochen habe und der dem Wunsch der großen Frontparlamentarier entspreche, wegen eines aus zweifellos wirtschaftlichen Belangen verfolgten Einspruches verlassen werden solle. Der Bekannte der Stelleneinrichtung darf nicht das Schwere, nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden werden. Die Landesregierung ist der Bitte Ausdruck, daß es unter Würdigung dieser Gründe bei dem einmal gefassten Beschluß endgültig verbleibe.

Begründung Dr. Strauß-Sauers.

Der König von Afghanistan, Aman Allah, hat dem deutschen Gesandten Dr. Strauß-Sauer, der in diesen Tagen von dem zuständigen afghanischen Gericht wegen der Tötung eines Afghanen zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden war, durch einen spontanen Gesandten die Strafe erlassen. Dr. Strauß-Sauer ist bereits der deutschen Gesandtschaft in Kabul übergeben worden und wird in den nächsten Tagen die Rückreise nach Deutschland antreten. Dieser Akt des Herrschers von Afghanistan wird, so wird von einer Berliner offiziellen Stelle hinzugefügt, als ein neuer Beweis für seine freundschaftlichen Gesinnung für Deutschland mit Verbilligung und Dankbarkeit begrüßt werden.







# Zeitung Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheinungswöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend  
Nicht bloß die Werbungen, sondern auch die Illustrationen  
„Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0,85 Mk.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köhlen.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhlen.  
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Köhlen Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Plakatmetz 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtpostkasse Hedra — Bankverein Katern.

N 63

Sonnabend, den 7. August 1926.

39. Jahrgang.

## Erleichterung der Güterverteilung.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Nicht bloß die Werbungen, sondern auch die Illustrationen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0,85 Mk.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Nicht bloß die Werbungen, sondern auch die Illustrationen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0,85 Mk.

terfährungsangebote seien unter der Bedingung formuliert worden, daß Eisen und Malmehy an Deutschland zurückfallen. Schon im November 1925 hätte Dr. Schacht das Terrain abgeklärt. Er habe Besorgen angeboten, die sechs Millionen deutscher Mark aufzuwerten, die in Belgien zurückgeblieben und die die Ursache der belgischen Inflation gewesen seien. Schon damals habe er Eisen und Malmehy verlangt. Das Blatt verweist weiter auf einen Artikel der englischen Zeitschrift „Financial Review“ vom 10. April 1925, in dem ein Beamter des Bitternundreferates Deutschlands der polnischen Regierung die Beteiligung an einer Anleihe angeboten haben soll. Zur Bedingung sei gemacht worden, daß die nähere Eisenbahnlinie in polnische Hände über dem Gebiet von Tansig zugeworfen werde. Dr. Schacht habe versucht, den amerikanischen Sachverständigen Kemmerer, der der polnischen Regierung zur Seite stehe, für seine Vermittlungen zu gewinnen. Auch Frankreich sei nicht vergessen worden. Das Blatt behauptet, daß Dr. Schacht über eine deutsche Anleihe für Frankreich gesprochen habe, auf Grund deren Deutschland 200 Millionen oder eine andere jetzt französische Kolonie zugeworfen werden solle. Erst vor kurzer Zeit sei eine ähnliche Idee aufgetaucht. Frankreich sei eine finanzielle Unterstützung des Reiches unter der Bedingung angeboten worden, daß die zweite und dritte Rheinlandschaft geräumt würde. Es sei möglich, daß Frankreich, um seine Währung zu stabilisieren, genötigt sei, sich unter das laudische Joch des Auslandes zu beugen. Aber Gott möge es davon bewahren. Die Waise, die Frankreich vielfach auf volkswirtschaftlichem Gebiete zu zahlen habe, sei sehr beachtlich. Wie uns Briefe gemeldet wird, erwartet man auch in den nächsten Tagen den Bescheid über die Initiative zu Verhandlungen über die Rückgabe Eisen-Malmehy an das Reich. Wenn Deutschland der belgischen Regierung ein günstiges Angebot machen würde, dürften nach Ansicht dieser Kreise die Währungsverhandlungen erfolgreich verlaufen können.



Die Kathedrale in der Stadt Mexiko.

Quadruple im Werte von 400 000 Dollar vermischt wird. Mexikanische Währungen rechnen mit langer Dauer der Krise, da seine Möglichkeit gegeben wird, eine Kompromißformel zu finden.

Die Katholiken konzentrieren ihre ganze Kraft auf den Wirtschaftsbereich. Eine Antiarbeitergruppe erklärte sich deswegen nach übereinstimmenden Meldungen bereit, als Vermittler aufzutreten, und will der Regierung folgende Forderungen des Episkopats unterbreiten: Erlassen soll die Durchführung der Reformmaßnahmen verschoben werden, zweitens soll der Episkopat vorläufig das Recht auf die Kirche zurückhalten, drittens soll am Jahresende eine Volksabstimmung über alle Konfliktfragen stattfinden.

In einer Unterredung mit dem Vertreter der „Associated Press“ erklärte Bischof Diaz, die Kirche werde niemals einen bewaffneten Kampf gegen die Regierung billigen, sondern, wenn es nicht anders sein könne, den ihr gerechtem Willen nach dem Duldens trinten.

Das mexikanische Staatsministerium hat etwa tausend Offiziere aus dem Reservat entlassen, da sie verdächtig schienen, im Futurismus gegen die Regierung zu reitieren.

## Strafmaßnahmen gegen spanische Beamte

Wegen Kritik der Regierung.  
Eine amtliche Bekanntmachung der spanischen Regierung erklärt, daß gegen alle Beamte und alle übrigen Personen, die in der Öffentlichkeit in belästigenden Ausdrücken gegen die Maßnahmen der Regierung Stellung nehmen oder Mitglieder der Regierung verunglimpfen, schärfste administrative Strafmaßnahmen ergriffen werden, ohne daß damit ein einseitiges gerichtliches Verfahren ausgeschlossen würde.

Der Ministerrat hat, wie in der Bekanntmachung mitgeteilt wird, bereits Befehlswegungen, einen Gemeinderat zu entlassen. Wegen Regula wird außerdem gerichtlich vorgegangen werden. Im Schluß der Bekanntmachung heißt es, daß Personen, die ihre Interessen oder Rechte durch irgendwelche Regierungenmaßnahmen verletzt glauben, die Möglichkeit haben, vor den Gerichten oder unmittelbar bei der Regierung Nachprüfung zu verlangen.

## Professor Koffe seines Amtes enthoben.

Urteil im elfassischen Heimatland.  
Gegen den bekannten Vorkämpfer der elfassischen Beamtenenschaft, Prof. Koffe, ist jetzt das Urteil gefällt worden. Es lautet auf Amtsenthebung. Wenn Zehntel seiner gesetzlichen Pension werden Professor Koffe auf die Dauer von fünf Jahren ausbezahlt; dann erhält er keine Pension mehr.

In der Verhandlung des Disziplinarurteils gegen Professor Koffe wird ausgeführt, ein Beamter dürfe jede beliebige Meinung haben, er müsse sich aber als Diener des Staates bei deren Geltendmachung eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Die Formulierung des Heimatbundes würde einen heftigen Ausfall gegen das französische Regime und wenn seine Unterzeichner auch behaupteten, daß es keinen antinationalen Charakter trage, so könne doch nicht bestritten werden, daß seine Veröffentlichung den Zweck verfolgte, die Bevölkerung zur Unzufriedenheit anzuregen und damit eine Bewegung herbeizuführen, die zu einer Lockerung der Bande zwischen Frankreich und dem Elsaß führen könnte. Diese Bewegung habe um so leichter in rein separatistischem Sinne gegendet werden können, als die Öffentlichkeit sie infanterie und der autonomen Selbstverwaltung, die sich in der Vorkriegszeit gegen das Reich und den deutschen Einfluß richteten, in Zusammenhang gebracht habe.

Professor Koffe, eine führende Persönlichkeit in der Heimatbewegung, hatte bekanntlich das Manifest des Elsaß-Lothringischen Heimatbundes mitunterzeichnet, dessen Hauptforderung nach Autonomie Elsaß-Lothringens im Rahmen Frankreichs von der französischen Regierung als Gefährdung der nationalen Einheit bezeichnet wird.

Die Elsaßische Lehrervereinigung hat als Protest gegen das Urteil gegen Professor Koffe diesen zu ihrem Generalsekretär ernannt. Koffe ist auf Grund eines früheren deutschen Beschlusses verurteilt worden, das von der Würde der Staatsbeamten außerhalb ihrer Berufspflichten spricht und von den Franzosen nun auf ihre Art ausgelegt worden ist.

## Der Kirchenstreit in Mexiko.

Eine kostbare Goldkrone verschwunden.  
Nach Meldungen aus Mexiko ereignete sich ein schwerer Zufallsfall in Guadalupe. Die erregte Menge benahm sich gegenüber dem Bischof, als sie das Innere der Kirche der heiligen Jungfrau von Guadalupe besahen. Die Goldkrone, die die Jungfrau umgeben wurde, gelangte, sehr vergeblich, in die Hände der Menge.

Weitere Meldungen besagen, daß die berühmte, mit Perlen und Edelsteinen besetzte Krone der Jungfrau von



Leuchter hat den Reichstanzler Thüringen lebter Blag für das ... für den sich ... großen Front ... aus zweifels ... bruch dar, ... ständige ... Abhängigkeit ... Abhängigkeit dieser ... endgültig ver-

Maß, hat dem ... in diesen Tagen ... abhandelt ... werden und wird ... Deutschland an ... handlung wird, ... als ein neuer Beweis für seine freundschaftlichen ... für Deutschland mit Verdrigung und Dankbarkeit be-

## Land für Geld.

Deutsche Angebote an valaisische Länder?  
Wie das „Echo de Paris“ zu melden weiß, hat sich die Berliner Regierung in den letzten Tagen lebhaft für die Schweizerräten Belgiens interessiert. Un-